

# soli aktuell



## Bestreikt die Krise!

*SchülerInnen, Azubis, Studierende protestieren gemeinsam. Die DGB-Jugend ist bundesweit im Bildungsstreik aktiv.*

**W**ir sind das Sprachrohr der Azubis – Tanja Trost, DGB-Jugendbildungsreferentin aus Stuttgart, macht klar, worauf es der Gewerkschaftsjugend ankommt. Bildungsstreik, das bedeutet nicht, dass sich ein paar Jugendliche übers Mensa-Essen beschweren. Bildungsstreik, das bedeutet die ganze Jugend – Studierende, SchülerInnen, prekär Beschäftigte, die in den Warteschleifen und in den Betrieben.

Dass keiner vergessen wird, dafür will die DGB-Jugend garantieren. Für den Bildungsstreik-Aktionstag am 9. Juni 2010 haben ihre Aktiven deshalb Flyer gedruckt, den Lautsprecherwagen für die Großdemonstration fit gemacht, Seminare organisiert und vieles mehr.

Man will sich nicht so einfach verteilen lassen. Junge Leute, so die Botschaft, haben – egal, wo sie gerade sind – durchaus die gleichen Interessen.

**Denn nicht nur in den Hochschulen**, sondern auch woanders herrschen schlimme Zustände: Deutschland hat ein sozial selektierendes Schulsystem mit einer zu hohen Zahl an Schulabbrüchen. 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Gerade hat eine von dem Bildungsforscher Klaus Klemm durchgeführte und vom DGB in Auftrag gegebene Studie ergeben: Es fehlen mindestens 41 Milliarden Euro im

### JUGENDBILDUNG



*Die neue Multi-Media-DVD der DGB-Jugend ist ab sofort erhältlich. Sie enthält gezielte Infos über Handlungsmöglichkeiten gegen Rechts. Mit vielen Filmen, Fotos und Hörbeispielen.  
[www.dgb-jugend.de/dgb\\_jugend/broschueren](http://www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/broschueren)*

Bildungsetat. DGB-Vize Ingrid Sehrbrock sagt: »Die Bildungsrepublik wird so zur Fata Morgana.« Dumm, aber schuldenfrei – das sei keine Perspektive.

Deswegen gehen an diesem Tag in vielen Städten Tausende auf die Straße. So wie Holger Kindler, DGB-Jugendbildungsreferent in Kassel. Dort hat sich die Gewerkschaftsjugend im Bündnis »Zukunftsperspektiven erkämpfen« mit SchülerInnen, Auszubildenden, Studierenden und jungen Beschäftigten zusammengeschlossen. »Wenn es nach Politik und Wirtschaft geht, sollen gerade wir jungen Menschen für die Wirtschaftskrise bezahlen. Wir haben die Krise aber nicht zu verantworten«, sagt Kindler mit Blick auf neue »Sparpaket«.

**Die Forderungen:** bessere Lehr- und Lernbedingungen an Schulen und Hochschulen. Unbefristete Übernahme für alle in Vollzeit in den Betrieben. Verkürzung der Lebensar-

### INHALT

#### 3 thema

19. DGB-Bundeskongress: Punkte für die Gewerkschaftsjugend

Die jüngste Delegierte: Vanessa Haas

#### 4 ausbildung + beruf

Hürdenlauf: Arbeiterkinder an Universitäten

Angezählt: Die Datenlage DGB: Zur Berufswahl migrantischer Jugendlicher

#### 5 projekte

Zivildienst: Neue Regeln

DGB-Jugend: Zur Qualität an Berufskollegs

#### 6 jav-berater

Probearbeiten und die JAV

#### 7 bezirke + gewerkschaften

IG BCE: Die Branchenumlage

beitszeit, Eindämmung von Teilzeit- und befristeter Beschäftigung, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Wie in allen Bundesländern hat auch in Berlin die DGB-Jugend maßgeblichen Anteil an den Bildungsprotesten – und an den zentralen Demonstrationen. Das Motto hier: »Die Bildung aus der Krise streiken!«

Aktionen gibt es auch: Am Oberstufenzentrum Lotis in der Berliner Dudenstraße wird ein Workshop veranstaltet: »Auszubildende im Bildungsstreik« lautet der – ganz im Sinne der GewerkschafterInnen – lernerübergreifende Titel des Workshops, der an diesem Tag im Schulzentrum stattfindet.

**»Bildung und Ausbildung stecken mitten in der Krise«,** sagt DGB-Jugendbildungsreferentin Mirjam Bürger.

Während Banken mit Steuergeldern gerettet würden, fänden immer weniger junge Menschen einen Ausbildungsplatz oder müssten nach ihrer Ausbildung um die Übernahmen bangen. Bürger: »Zahlen müssen am Ende alle: Studierende, Auszubildende, junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, SchülerInnen und Schüler. Das nehmen wir nicht hin.« S

*Die Proteste gehen weiter – wie und wann, siehe [www.bildungsstreik.net](http://www.bildungsstreik.net)*

### IGB-JUGEND

## Neue Kampagne

»Change the World – now« – heißt die neue Kampagne der IGB-Jugend. Es geht um bessere Arbeitsbedingungen für junge Menschen und wie man sich dafür engagieren kann. S

<http://changetheworld-now.com>

## Gesunken

**ILO-Bericht zur Kinderarbeit** ■ Die Zahl der arbeitenden Kinder weltweit ist zwischen 2004 und 2008 um 3% von 222 auf 215 Mio. gesunken. Das zeigt der neue globale Bericht über Kinderarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Der Rückgang hat sich verlangsamt; im vorangegangenen Vierjahreszeitraum hatte er noch bei 11% gelegen.

[www.ilo.org](http://www.ilo.org)

## Massenphänomen

**OECD berichtet** ■ In einem aktuellen Bericht haben die in der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) zusammengeschlossenen Länder die Jugendarbeitslosigkeit untersucht. Von Ende 2007 bis Ende 2009 ist sie um 6% angestiegen. Damit gibt es jetzt 19% bzw. 15 Mio. arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren – 4 Mio. mehr als zwei Jahre zuvor.

In dem Bericht geht es auch um wirkungsvolle Gegenmaßnahmen.

[www.oecd.org/olis/2010doc.nsf/linkto/delsa-elsa-wd-sem\(2010\)6](http://www.oecd.org/olis/2010doc.nsf/linkto/delsa-elsa-wd-sem(2010)6)

## UN-Konvention gilt

**Kinderrechte in Deutschland** ■ Die Bundesregierung hat die Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen. Damit hat sie den Weg freigemacht, auch Kinder nicht-deutscher Herkunft unter den vollen Schutz des Völkerrechts zu stellen. Durch die Vorbehaltserklärung aus dem Jahr 1992 hatten Flüchtlingskinder in Deutschland nicht die gleichen Rechte wie andere Kinder. Sie wurden in Abschiebehaft genommen, sie waren beim Schulbesuch, bei der medizinischen Versorgung und in der Kinder- und Jugendhilfe schlechter gestellt als deutsche Kinder.

[www.dbjr.de](http://www.dbjr.de)

## Kinderarmut

**Neue Zahlen** ■ Der Kinderschutzbund beklagt einen Anstieg der Kinderarmut in Deutschland. 2,5 Mio. Kinder leben derzeit auf Sozialhilfeniveau – rund 1 Mio. mehr als noch vor zehn Jahren.

[www.dksb.de](http://www.dksb.de)

## Stand der Dinge

**Ausbildungsplatzdaten Mai 2010** ■ Grüße von der Bundesagentur für Arbeit: Die monatliche Arbeitsmarktstatistik für Mai 2010 besagt, dass weniger als 370.000 betriebliche Ausbildungsplätze mehr als 430.000 BewerberInnen gegenüberstanden. Die betriebliche Lücke lag also bei ca. 65.000.

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

## Keine Verbindung

**Ausgrenzung von Jugendlichen** ■ In Deutschland leben über 130.000 »unverbundene« Jugendliche im Alter zwischen 17 und 19 Jahren – Tendenz steigend. Unverbunden bedeutet: Sie erhalten keine ausreichende finanzielle und emotionale Unterstützung durch ihre Familie, besuchen nicht die Schule, gehen keiner Erwerbstätigkeit nach und haben keine dauerhaften Freundschaften.

Viele dieser Jugendliche haben keinen schulischen und beruflichen Bildungsabschluss. Sie haben größere Schwierigkeiten, gesellschaftliche Regeln und Normen zu erlernen, so dass dauerhafte Ausgrenzung droht.

Dies sind zentrale Ergebnisse einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim, die erstmals dieses Phänomen und seine Ausmaße untersucht hat.

[www.zew.de](http://www.zew.de)

## Uni und Geld

**Hochschulfinanzierung** ■ Die öffentlichen und privaten Hochschulen in Deutschland gaben nach Daten des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2008 36,3 Mrd. Euro für Lehre und Forschung aus (2007: 33,5 Mrd. Euro). Das waren 8,6% mehr als im Vorjahr. Dabei gab es deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern: Während die Hochschulausgaben in Hessen gegenüber 2007 um 19% zunahmen, betrug die Steigerung im Saarland 3,3%.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Durchgerechnet

**Bildungskosten sind Investition** ■ Schaul mal an: Die Arbeitgeber-Stiftung Bertelsmann hat durchgerechnet, dass durch bessere Bildung in Deutschland bis zum Jahr 2090 ein zusätzliches Bruttoinlandsprodukt von insgesamt 2.800 Mrd. Euro erwirtschaftet werden könnte.

Sparen an der Bildung sei dabei genau der falsche Weg: Die Bundesländer müssten jetzt in die Bildung investieren, sonst entstünden in der Zukunft erhebliche Folgekosten durch unzureichende Bildung. Investitionen in frühe Bildung und in Kinder aus sozial benachteiligten Lebensverhältnissen wirkten dem entgegen.

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

## Mit Prüfung

**Studierende** ■ Bis zum Prüfungsjahr 2008 haben fast 73% aller Studierenden eines Erststudiums mit Studienbeginn 1999 ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. Für die Universitäten wurde eine Erfolgsquote von 68% errechnet, für die Fachhochschulen von 80%.

Auch [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Schulbesuch

**Militarisierung** ■ Im Jahr 2009 haben JugendoffizierInnen der Bundeswehr 4.415 Informationsveranstaltungen mit 115.207 TeilnehmerInnen und WehrdienstberaterInnen 12.648 Informationsveranstaltungen mit 168.672 TeilnehmerInnen an deutschen



Schulen abgehalten. Dies hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke bekanntgegeben. Die Bundesregierung betont, dass solche Informationsveranstaltungen im Pflichtteil des Schulunterrichts verfassungsrechtlich grundsätzlich zulässig seien.

Die DGB-Jugend spricht sich gegen das Engagement der Bundeswehr in Schulen aus – Schule sei kein Rekrutierungsort.

## Schöne Aussicht

**Rentenentwicklung** ■ Die Angst vor Armut im Alter ist bei vielen Menschen in den letzten Berufsjahren groß. Besonders Menschen mit niedrigem Ausbildungsniveau rechnen damit, sich etwas hinzuverdienen zu müssen, wenn sie in Rente sind. Das zeigt eine im Mai 2010 veröffentlichte Umfrage des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden.

In der Gruppe der Geringqualifizierten sieht sich demnach gut jeder Dritte (38,9%) gezwungen, im Rentenalter zu arbeiten, weil das Geld sonst nicht reicht. Bei den gut Ausgebildeten mit Meistertitel oder Hochschulabschluss haben immer noch 22,3% Angst vor dem Rentenalter.

[www.bib-demographie.de](http://www.bib-demographie.de)

## Schön gesagt

**O-Ton** ■ »Ein hoher Bildungsabschluss schützt nicht vor Engstirnigkeit.«

Hamburgs GEW-Chef Klaus Bullan kommentiert einen im Mai 2010 veröffentlichten Brief von 47 leitenden Hamburger MedizinerInnen zur Schulreform, die erklärt hatten, die Primarschule sei ein Standortnachteil für die Gesundheitsmetropole Hamburg.



K. Bullan

## Personalie

**Torsten Rohde**, 31, gelernter Bankkaufmann und Handelslehrer, ist seit Mai 2010 bei der GdP für den Bereich Junge Gruppe zuständig.

**Sabrina Kunz**, 29, Polizeioberkommissarin, ist neue GdP-Bundesjugendvorsitzende.



T. Rohde



S. Kunz

# Guter Job, Gewerkschaftsjugend!

**19. DGB-Bundeskongress:  
Die Gewerkschaftsjugend  
konnte ihre Forderungen  
weitestgehend durchsetzen.**

**A**usbildung für alle!«, »Generation prekär – Nicht mit uns!« und »Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz!«: So lauten die Slogans auf den Plakaten der Gewerkschaftsjugend.

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) steht gerade am Podium des 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses (OBK). Um die 50 Gewerkschaftsjugendliche posieren eindrucksvoll in Gelb – der Farbe ihrer Kampagne »Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben. Wir sind dran!«.

Nein, an den Jugendarbeitsschutz kommt keiner ran, wenn es nach von der Leyen geht. Die im Koalitionsvertrag der schwarzgelben Regierung angekündigte Lockerung ist mit ihr nicht zu machen. Auf die anderen Forderungen geht sie nicht so konkret ein. Prekarität? Nun, genau genommen hat die Ministerin auch nur eine befristete Beschäftigung.

Wie dem auch sei: Der Kongress hat seinen bunten Auftritt bekommen. »Ich hätte nicht damit gerechnet, dass das hier so aktiv ist. Ich habe mir den Kongress bürokratischer vorgestellt. Ich bin begeistert«, stellt Erstteilnehmer Frank Heine von der jungen NGG fest.

Gerade beim Jugendarbeitsschutz hat die NGG viel mitzureden. »Wir werden Frau von der Leyen auf ihre Aussagen festna-

geln«, sagt Heine. In der Hotel und Gastronomie-Branche liegt vieles im Argen.

158 Anträge gibt es, sie behandeln die Finanzkrise ebenso wie die Krankenversicherung und die DGB-Strukturreform. Das Treffen der 400 Delegierten aus den Gewerkschaften vom 15. bis 20. Mai 2010 im Berliner Estrel-Hotel steht nicht immer so augenfällig im Zeichen der Jugend. Neun Prozent von ihnen sind unter 27 (35 Delegierte), das entspricht dem Schnitt der Gewerkschaften.

Dennoch: Die jungen Delegierten haben die meisten ihrer ca. 30 Anträge gut durchgebracht. Gute Ausbildung, gutes Leben? Guter Job, Gewerkschaftsjugend – du bist dran!

**Die Schwerpunkte zu den Themen**, die von der Bundesjugendkonferenz 2009 weitergeleitet wurden, sind im Wesentlichen bestätigt worden: Die betriebliche Ausbildung als wesentliche Ausbildungsform wurde gestärkt. Der OBK stellt sich hinter die Forderung eines Grundrechts auf Ausbildung, unterstützt eine Bildungsoffensive als Instrument der Krisenbekämpfung. Die in ihrem Amt bestätigte stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock warnt vor jeglichen Kürzungen im Bildungswesen. Dringend erforderlich im Sinne der Bildungsgerechtigkeit: durchlässige Hochschulzugangsvorschriften für Menschen mit dualen Ausbildungsabschlüssen.


Dass der OBK bestätigt hat, dass die Studierendenarbeit jetzt in der Verantwor-



Gruppenbild mit Dame: U. v. d. Leyen und die Kongressjugend

tung der DGB-Jugend gemeinsam mit den Gewerkschaften weiterentwickelt wird, »schafft eine solide Grundlage und ist ein Erfolg«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

**Zum Bologna-Prozess** – dem Umbau der Hochschulen – brachte die Jugend einen Initiativantrag ein und auch zum Thema Kolumbien und Gewerkschaftsrechte. Sie wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen. Und die DGB-Jugend konnte eine eigene Position zum Thema Führungszeugenpflicht für Ehrenamtliche entwickeln und einbringen – sie wird abgelehnt. Die Delegierten verwiesen den Antrag zur Weiterbehandlung an den DGB-Bundesvorstand.

Was leider nicht ging: Die Abschaffung der Wehrpflicht zu beschließen. Dem Jugend-Antrag, jegliche Wehr- und Ersatzdienste zu streichen, mochte der OBK nicht folgen. 

Alles Beschlüsse des 19. OBK sind einzusehen auf [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

## AUF DEM OBK GETROFFEN

### »Guter Zusammenhalt«

**Vanessa Haas, 20 und von der IG Metall, war die jüngste Delegierte auf dem OBK.**

**Wie bist du zum DGB-Bundeskongress gekommen?**

Ich wurde von meiner IG Metall-Ortsverwaltung in München gefragt, ob ich dort Delegierte sein möchte. Da habe ich mich informiert, worum es da geht.

Vor vier Jahren war ich ja erst 16, da hab ich nicht viel mitbekommen.

**Wie kommst du zur IG Metall?**

Mit 16 habe ich eine Ausbildung als Fertigungsmechanikerin bei BMW angefangen. Mein Job ist Drehen, Fräsen, Feilen. Bei der Vorstellungsrunde der Jugendvertretung bin ich gefragt wor-

den, ob ich nicht in die IG Metall eintreten will. Da habe ich gesagt: Okay, mache ich.

Mir ist dann klar geworden, dass die Gewerkschaft wichtig ist. Also habe ich mich auch gleich zur JAV-Wahl aufstellen lassen.

**Du bist dann übernommen worden?**

Ja. Ich habe einen unbefristeten Vertrag – wie alle in meinem Jahrgang. Allerdings bekommt man nicht unbedingt eine Stelle am Ausbildungsort. Kann auch sein, dass man nach England gehen muss oder nach China. Das ist eine Chance für Jugendliche, die Welt zu entdecken. Das macht sich auch im Lebenslauf immer gut.

**Übernahme ist aber nicht immer die Regel...**

Nein. Ich habe viele Freunde, die nach der Ausbildung nicht übernommen worden sind – vielleicht, weil sie in einem nicht tarifgebundenen Betrieb gearbeitet haben.

**Zurück zum OBK – woher wusstest du, wie du stimmen musst?**

Es gab Delegiertenvorbesprechungen, da stimmt man sich gemeinsam ab. Ich habe die ganzen Unterlagen durchgelesen und mir meine eigene Meinung gebildet.


**Hat die Gewerkschaftsjugend gut im Team gearbeitet?**

Ich finde, wir sind sehr harmonisch aufgetreten. Die Gewerkschaftsjugend ging auch zusammen in die Kneipe. Die Jugendlichen halten echt gut zusammen.

**Was war inhaltlich das Wichtigste?**

Dass Zukunftsstrategien entwickelt werden. Wie es weitergehen soll mit der Finanzkrise und den Banken. Und dass man die Jugendlichen in der Krise nicht vergisst.

**Willst du in der Gewerkschaft Karriere machen?**

Zunächst einmal innerbetrieblich. Ich will Betriebsrätin werden. 



# Bildungshürdenlauf

**Die Böckler-Stiftung hat die Lage der Arbeiterkinder an den Universitäten untersucht.**

**A**rbeiterkinder, die studieren, bekommen weniger Unterstützung von Zuhause, müssen häufiger Geld verdienen und werden auch von den Professoren seltener gefördert. Das macht eine Studie der Konstanzer Hochschulforscher Holger und Tino Bargel für die Hans-Böckler-Stiftung deutlich.

Die Hindernisse für Arbeiterkinder an den Hochschulen müssen »als groß und folgenreich für das Studium eingeschätzt werden«, schreiben die Wissenschaftler.

Ein niedriger ökonomischer Status der Eltern ist an Universitäten und Fachhochschulen ein erheblicher Nachteil – »ebenso

schwer wirkt sich nur noch eine körperliche Behinderung aus«.

Mit dem Bologna-Prozess und der zunehmenden Internationalisierung dürfte sich die Benachteiligung nochmals verschärfen. Darum mahnen die Autoren mehr Anstrengungen für Chancengleichheit an und bestätigen damit die Forderungen der DGB-Jugend nach mehr Durchlässigkeit des Bildungssystems und Chancengerechtigkeit.


Das BAföG allein trägt dem Finanzbedarf nicht Rechnung: Denn heute können weniger Studierende ihre Ausbildung hauptsächlich durch das BAföG finanzieren als noch 1993. Etwa jedes zweite Arbeiterkind an Uni oder Fachhochschulen bekommt BAföG; 1993 waren es 63 Prozent.

**Zudem erweist sich** der Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium zunehmend als Problem. Viele Unis sehen inzwischen an dieser Stelle ein erneutes Auswahlverfahren vor. Es spreche viel dafür, so die Studie, »dass beim Übergang in ein Masterstudium eine erhebliche soziale Schieflage eintreten wird«.

»Die DGB-Jugend fordert daher die Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen«, sagt Sabrina Klaus-Schelletter, bei der DGB-Jugend zuständig für Hochschulpolitik.

Fazit: Studierende aus bildungsfernen Familien benötigen besondere Unterstützung, finanziell wie ideell.

Paradoxerweise werden jedoch gerade sie seltener gefördert als andere. Sowohl das von der Bundesregierung initiierte Stipendienprogramm als auch die bereits existierende Begabtenförderung nimmt sich nicht vorrangig der Bedürftigen an: 71 Prozent der Geförderten stammen aus Akademikerfamilien. Das werde in der Öffentlichkeit oft damit begründet, dass Arbeiterkinder schlechtere Leistungen bringen, heißt es in der Studie.

Es gebe jedoch keinen wissenschaftlichen Befund, der diese These stützt. 


[www.boeckler.de/pdf/p\\_arbp\\_202.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_202.pdf)

## ANGEZÄHLT

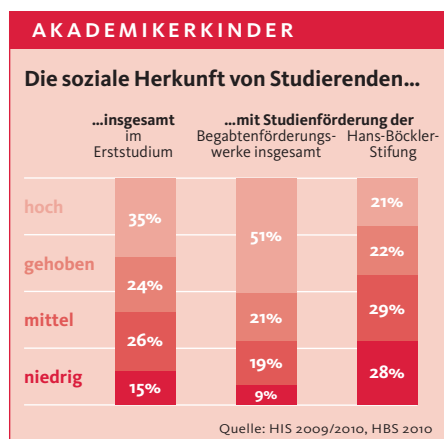
### Die Datenlage

**39** Prozent der Jugendlichen in Deutschland glauben, dass die Politik in der Gestaltung der neuen Altersversorgung vor der Finanzlobby eingeknickt ist.

**60** Prozent der Jugendlichen sind der Meinung, man wisse nicht mehr, wem man in der Altersvorsorge vertrauen kann.

**77** Prozent aller Jugendlichen sagen: »Ich würde mich sicherer fühlen, wenn der Staat die Produkte der Banken und Versicherungen besser überwacht.« 

Quelle: Umfrage der IG Metall, Infos: [www.metallrente.de](http://www.metallrente.de)



# Schulabbruchunternehmen

**DGB-Studie: Migrantische Jugendliche sind bei der Berufswahl erheblich benachteiligt.**


**J**eder vierte Jugendliche im ausbildungsfähigen Alter hat einen Migrationshintergrund, das sind 2,3 Millionen der 9,5 Millionen 15- bis 25-Jährigen in Deutschland. Wenn sie nach der Schule einen Ausbildungsplatz oder einen Job suchen, stehen sie vor vielen Schwierigkeiten.

Die DGB-Abteilung Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hat diese in einer jetzt veröffentlichten Studie genauer untersucht. Ursache für den holprigen Berufseinstieg sind zwar in erster Linie durchschnittlich niedrigere Bildungsabschlüsse. Doch auch bei gleichen Abschlüssen und gleichem Engagement, trotz höherer Mobilität und Umzugsbereitschaft finden migrantische Ju-

gendliche nur schwer einen Ausbildungsplatz. Sie werden seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen und haben weniger Netzwerke und Beziehungen, um in die Arbeitswelt einzusteigen.

Mit 12,6 Prozent waren 2008 fast doppelt so viele MigrantInnen erwerbslos wie NichtmigrantInnen. Jeder dritte Jugendliche mit Migrationshintergrund lebte 2008 von Hartz IV. »Die doppelte Benachteiligung an der ersten Schwelle setzt sich an der zweiten Schwelle meist fort«, so die AutorInnen der Studie. 2008 hatte jeder dritte Migrant über 25 Jahren keinen Berufsabschluss, unter den NichtmigrantInnen war es nur jeder elfte. Hier sei eine Qualifizierungsinitiative dringend angebracht.

Doch auch hochqualifizierte MigrantInnen finden seltener eine Anstellung. Sogar im öffentlichen Dienst ist dies so: Lediglich drei Prozent der jüngeren Angestellten sind MigrantInnen, in anderen Ländern sind es um die zehn Prozent.

Der DGB schlägt ein Bündel von Maßnahmen vor. Insbesondere müsse das deutsche Bildungssystem umgestellt werden, hin zu früher und individueller Förderung. Die Länder müssten mehr Geld in Bildung investieren und dürften ihren Bildungsauftrag nicht vernachlässigen – und Schulabbrüche, schlechte Schulabschlüsse und »damit Arbeitslosigkeit produzieren«. 

DGB (Hg): Arbeitsmarkt aktuell 6-2010, [www.dgb.de/themen/](http://www.dgb.de/themen/)

# Erst kürzer, dann länger

**Die Bundesregierung hat neue Regeln für den Zivildienst beschlossen. Und sie sind keine Verbesserung.**

**D**ie Bundesregierung hat am 19. Mai 2010 einen Entwurf für ein »Wehrrechtsänderungsgesetz 2010« beschlossen und damit das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet.

Die Verkürzung der Wehrpflicht und somit auch des Zivildienstes von neun auf sechs Monate und eine Verlängerungsoption für Zivildienstleistende sind wesentliche Bestandteile des Entwurfs.

**Dienstleistende**, die am 31. Dezember 2010 sechs Monate oder länger Zivildienst geleistet haben, seien mit Ablauf dieses Tages zu entlassen, heißt es dort.

Sie könnten auf Antrag Zivildienst mit der bis zum 30. November 2010 vorgeschriebenen Dauer ableisten, wenn sie dies vor ihrer Entlassung beantragen.

Das bedeutet – sofern das Gesetz wie geplant bis spätestens zum 31. Dezember 2010 in Kraft tritt: Dienstpflichtige, die zum 1. Juli 2010 oder später einberufen werden, müssen nur noch sechs Monate Zivildienst leisten.

Einberufungsbescheide, die bei einem Dienstantritt zum 1. Juli 2010 oder später noch auf neun Monate Dienstdauer ausgestellt werden, werden auf die kürzere

Dienstdauer von sechs Monaten abgeändert.

Dienstpflichtige, die zum 1. Mai 2010 oder zum 1. Juni 2010 den Dienst antreten, werden nach acht bzw. sieben Monaten Zivildienst zum 31. Dezember 2010 entlassen.


»Die **eigentliche Krücke** an diesem Entwurf ist die Option der freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes. Diese Möglichkeit vernichtet reguläre Arbeitsplätze und hat zur Folge, dass Zivis zukünftig für ca. 3,70 Euro – weit unterhalb des in der Pflege ab Mitte 2010 geltenden Mindestlohns – beschäftigt werden können«, sagt der für Wehr- und Zivildienst zuständige DGB-Jugendreferent Florian Haggenmiller.

**Die DGB-Jugend** hält diese Regelungen für einen Schnellschuss, der sich gegen die jungen Menschen richtet. Haggenmiller: »Wir empfehlen Zivildienstleistenden, genau hinzusehen.«

Dass die Zivildienststelle selbst entscheidet, welchen Zivildienstleistenden sie für ihre Stelle auswählen, ebenso auch über die Dauer der zur Verfügung gestellten Stelle selbst entscheiden kann, ist das zum Nachteil für die Zivis. Haggenmiller's Fazit: »Bisher war der Zivildienst ein Ersatzdienst für die Wehrpflicht. Nun wird er zum Lohn-dumpinginstrument umfunktioniert.«

Die DGB-Jugend setzt sich für die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Ar-


beitsplätzen, als auch für Jugendfreiwilligendienste ein. Die Nachfrage an Freiwilligendiensten ist in den letzten Jahren dementsprechend gestiegen.

Haggenmiller: »Hier können junge Menschen wirklich freiwillig und selbst entscheiden, einen solchen Dienst zu machen – ganz ohne den faden Beigeschmack eines Pflichtdienstes.« 

## NEU ERSCHIENEN

### Kritik am Studium

Kritik und Vorschläge der Gewerkschaften für eine Verbesserung der Qualität im Studium hat die DGB-Jugend NRW nun in einer Broschüre zusammengefasst. Denn das Studium an Fachhochschulen und Universitäten nicht nur in Nordrhein-Westfalen ist von Hürden geprägt: je nach Gegend und Uni sind dies Studiengebühren, Zulassungsbeschränkungen, Anmeldeverfahren für Seminare, mangelnde Plätze in Lehrveranstaltungen, schlechte Vereinbarkeit von Vorlesungszeiten mit Nebenjobs, Kindern oder Ehrenamt und vieles mehr.

Die Gewerkschaftsjugend wünscht sich ein offenes Bildungssystem, das jedem Menschen unabhängig von seinen finanziellen Ressourcen den Weg zu mehr Bildung eröffnet. 

Weitere Infos: E-Mail: [antonia.kuehn@dgb.de](mailto:antonia.kuehn@dgb.de)



# Besondere Problematik

**Die DGB-Jugend NRW hat ein Positionspapier zur Qualität an Berufskollegs beschlossen.**

**D**er Qualität der beruflichen Erstausbildung kommt in einer Zeit des immer schneller werdenden Wandels in allen Branchen eine bedeutende Rolle zu. Sie ermöglicht Zukunftschancen und Teilhabe junger Menschen und sichert qualifizierte Fachkräfte für Unternehmen. Die DGB-Jugend in Nordrhein-Westfalen hat deshalb ein Positionspapier verabschiedet, indem sie sich dafür einsetzt, das duale Ausbildungssystem mit den beiden Ausbildungsorten Betrieb und Schule zu sichern und kontinuierlich zu entwickeln.


Denn die Frage der Qualität der dualen Ausbildung hängt auch von der quantitativen Situation am Ausbildungsmarkt ab. Trotz demografischer Entlastung reicht

auch in Zukunft das Angebot an Ausbildungsplätzen nicht aus. Schon heute ist nur noch jeder zweite Schüler, jede zweite Schülerin in einer beruflichen Fachklasse, macht also eine duale Ausbildung in Betrieb und Berufskolleg.

Die andere Hälfte befindet sich in vollzeitschulischer Ausbildung, in berufsvorbereitenden Maßnahmen oder in Warteschleifen wie zum Beispiel den Klassen für SchülerInnen ohne Berufsausbildung mit Pflichtschulunterricht.

Ein Großteil dieser Jugendlichen möchte eine qualifizierende duale Ausbildung machen, erhält jedoch keine Chance. Nach wie vor sind ArbeitgeberInnen in der Lage, Druck auf junge Menschen ausüben zu kön-

nen, während auf der anderen Seite die Berufskollegs viele Aufgaben gleichzeitig zu bewältigen haben: Berufsschulunterricht für die Auszubildenden, allgemeinbildender Schulunterricht zur Erreichung eines höheren Schulabschlusses, Weiterbildungsangebote für besonders Qualifizierte, Berufsorientierungsangebote und Pflichtschulunterricht für arbeitslose Jugendliche im schulpflichtigen Alter seien hier als Beispiele genannt.

Es sei daher von hoher Bedeutung, das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu erhöhen, um auch die Qualität verbessern zu können. 

Das Positionspapier im Internet: [www.dgb-jugend-nrw.de/images/positionspapier\\_qualitaet\\_bk\\_mai\\_2010.pdf](http://www.dgb-jugend-nrw.de/images/positionspapier_qualitaet_bk_mai_2010.pdf)

# Der Betriebsrat muss handeln

**Unentgeltliches Probearbeiten im Betrieb: Wie JAV und Betriebsrat gegen diese Unsitte vorgehen können.**

**P**robearbeit ist mittlerweile beliebt – bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen wie Arbeitsplätzen (siehe dazu Soli 5-2010, S. 6).

Ob der Betrieb die BewerberInnen tatsächlich nur als Arbeitskräfte zum Nulltarif will oder aber das Probearbeiten ernsthaft dazu nutzt, um den Abschluss eines Arbeits- oder Ausbildungsvertrages zu prüfen – am besten beurteilen können dies mit Sicherheit der Betriebsrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV).

Wird festgestellt, dass der Arbeitgeber BewerberInnen unentgeltlich zur Probe arbeiten lässt, sollte der Betriebsrat initiativ werden bzw. – so fern es sich bei den probearbeitenden BewerberInnen um solche für Ausbildungsplätze handelt – sollte die JAV den Betriebsrat auffordern, mit der Arbeitgeberseite über die Ausgestaltung der Probearbeiten zu verhandeln.

Denn die ArbeitgeberInnen haben den Betriebsrat im Rahmen der ihnen obliegenden Informationspflicht auch über den Einsatz von probearbeitenden BewerberInnen zu unterrichten. Im Anschluss kann das Gremium dann entscheiden, ob es sich bei der unentgeltlichen Probearbeit nicht eher um

**Wenn es geht, sollte unentgeltliche Probearbeit verhindert werden.**

eine Einstellung handelt, die in den Bereich der Mitbestimmung fällt.

Zumindest in Unternehmen mit mehr als 20 wahlberechtigten ArbeitnehmerInnen muss der Arbeitgeber den Betriebsrat nicht nur vor jeder Einstellung umfassend unterrichten, sondern benötigt auch dessen Zustimmung (§ 99 Betriebsverfassungsgesetz, BetrVG).

## Das Mitbestimmungsrecht

steht dem Betriebsrat unabhängig von der Ausgestaltung des Vertrages zu – egal, ob es sich um einen Vollzeit- oder Teilzeitvertrag handelt oder ob ein befristeter Vertrag abgeschlossen werden soll.

Natürlich besteht dieses Recht auch bei der Einstellung von Auszubildenden oder PraktikantInnen. Es gilt immer dann, wenn Personen in den Betrieb eingegliedert werden.

Dabei kommt es auf die Dauer der tatsächlichen Eingliederung nicht an. Auch kurze tatsächliche Beschäftigungen sind als mitbestimmungspflichtige Einstellung zu bewerten – dies gilt z.B. beim Einsatz von Zivildienstleistenden.

**Wer BewerberInnen testen möchte, kann einen befristeten Arbeitsvertrag abschließen.**

**Vorsicht:** Sind Personen, die nicht in die betrieblichen Abläufe ordnungsgemäß eingegliedert sind, im Betrieb in irgendeiner Form aktiv, besteht kein Mitbestimmungsrecht. In solchen Fällen muss der Betriebsrat lediglich über die Aufnahme derartiger Personen informiert werden. Beispiel: SchülerpraktikantInnen.

Auch bei den unentgeltlich probearbeitenden Personen kann das Mitbestimmungsrecht eventuell entfallen: Etwa wenn sich die Probearbeit auf wenige Stunden oder aber einen Zeitraum von ein bis zwei Tagen beschränkt.

Bei längeren Einsätzen sollten JAV und Betriebsrat genauer hinschauen: Insbesondere wenn im Zeitraum der Probearbeit einfache oder schwere Hilfstätigkeiten verrichtet werden sollen oder aber der Bewerber im Rahmen eines Projekts einen bestimmten Arbeitserfolg herbeiführen soll, sollten die Alarmglocken klingeln. Bei derartigen und länger andauernden Probearbeiten wird eine Eingliederung und damit eine der Voraussetzungen für das Mitbestimmungsrecht vorliegen.

## Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats

Stellt der Betriebsrat fest, dass im Betrieb unentgeltlich zur Probe gearbeitet wird, sollte umgehend mit der Arbeitgeberseite gesprochen werden. Dies kann z.B. im so genannten Monatsgespräch geschehen.

In dem Fall, dass BewerberInnen für einen Ausbildungsplatz vorher unentgeltlich im Betrieb tätig werden sollen, besteht auch ein Teilnahmerecht der JAV an dieser Besprechung.

Begründet die Arbeitgeberseite nachvollziehbar, warum aus innerbetrieblichen Erfordernissen ein probeweiser Einsatz zwingend erforderlich ist, kann eine Betriebsvereinbarung oder eine so genannte Regelungsabrede getroffen werden (siehe Kasten).

Wenn es geht, sollten Betriebsrat und JAV darauf achten, dass unentgeltliche Probearbeit vermieden wird. Möchte der Arbeitgeber partout BewerberInnen testen, hat er schon heute die Möglichkeit, einen befristeten Arbeitsvertrag abzuschließen. Der Gesetzgeber hat im § 14 Abs. 1 Nr. 5 Teil-

zeit- und Befristungsgesetz ausdrücklich die Befristung zur Erprobung des Arbeitnehmers als einen

Sachgrund für einen befristeten Vertrag vorgesehen.

Ignoriert der Arbeitgeber die Mitbestimmung, kann der Betriebsrat das Arbeitsgericht einschalten – mit der Maßgabe, dass das Gericht dem Arbeitgeber die Aufhebung dieser Personalmaßnahme aufgibt. Hält sich der Arbeitgeber nicht an die Gerichtsentscheidung, kann ihm das Gericht auf Antrag des Betriebsrats ein Zwangsgeld aufbrummen (§ 101 BetrVG).

Da sich die unentgeltliche Probearbeit in der Regel nicht über Wochen oder gar Monate hinzieht und das Vertragsverhältnis vor der Gerichtsentscheidung beendet wird, kann auch versucht werden, den Arbeitgeber mit Hilfe eines Eilverfahrens zum Unterlassen derartiger Maßnahmen zu zwingen.

**Abschließender Hinweis:** Sowohl JAV als auch der Betriebsrat müssen aufpassen, dass sich die Arbeitgeberseite nicht durch permanentes unentgeltliches Probearbeiten Neueinstellungen oder gar Übernahmen erspart. <sup>5</sup>



Der JAV-Ratgeber.  
Mit Rechtsanwalt Wolf-  
Dieter Rudolph, Berlin

## MITBESTIMMUNG

### Die Regelungsabrede

Dies könnte der mögliche Inhalt einer so genannten Regelungsabrede zum Thema Probearbeit sein:

- Probearbeit darf es nur in den von der Arbeitgeberseite begründeten Ausnahmefällen geben
- Auch bei unterschiedlicher Auffassung über die Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechts ist die Durchführung des Mitbestimmungsverfahrens zwingend
- Verständigung über die Ausgestaltung der Probearbeit
- Einbeziehung des Betriebsrats bei der Bewertung der Probearbeit – insbesondere wenn es sich um einen Teil des Bewerbungs-/Auswahlverfahrens handelt
- Zahlung einer »Anerkennungsprämie«
- Erstattung der Fahrkosten/Zuschuss zum Essen. <sup>5</sup>

# Perspektiven schaffen

**Die IG BCE hat etwas Neues erreicht: eine Branchenumlage für die Übernahme nach der Ausbildung. Was das bedeutet, sagt Katy Hübner.**

**Z**unächst einmal: IG BCE und Chemie-Arbeitgeber haben den bis Ende 2010 geltenden Tarifvertrag »Zukunft durch Ausbildung« fortgeschrieben. Von 2011 bis 2013 ist ein hohes Ausbildungsniveau von 9.000 Plätzen pro Jahr garantiert. Die Chemie-Sozialpartner hatten das Abkommen 2003 auf den Weg gebracht.

Bis 2008 konnte die Zahl der Ausbildungsplätze um rund neun Prozent gesteigert werden. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2009 sollen jetzt die Ausbildungsanstrengungen wieder verstärkt werden.

Mit dem neuen Tarifvertrag »Brücke in Beschäftigung – 1.000 für 1.000« schaffen wir Anreize für die Übernahme. Alle 1.900 Betriebe der chemischen Industrie zahlen in einen Fonds ein – insgesamt rund 25 Millionen Euro.

Damit werden Betriebe unterstützt, die trotz einer schwierigen wirtschaftlichen Lage Ausgelernte übernehmen. Für jede min-

destens zwölfmonatige Übernahme gibt es einen monatlichen Entgeltzuschuss von bis zu 1.000 Euro, befristet auf ein Jahr. Auf diese Weise können 2010 und 2011 mindestens jeweils 1.000 Übernahmen von IG BCE-Mitgliedern gefördert werden. Alle Azubis erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro.

Und: Schon in elf Monaten werden wir wieder über die Höhe der Ausbildungsvergütungen verhandeln. ☒

*Katy Hübner ist Bundesjugendsekretärin der IG BCE.*



## Die IG BCE-Übernahme-Umlage – ein Modell für andere Branchen? Das sagen uns Jugendsekretäre anderer Gewerkschaften:



Generell könnten wir uns das natürlich vorstellen, allerdings ist derzeit der Bedarf nicht gegeben. Bei der Bahn stellen wir momentan fest, dass 95 Prozent aller Azubis übernommen werden. Die Formen der Übernahme sind durchaus zu diskutieren, allerdings wird uns eine tarifvertragliche Regelung nicht wirklich weiterhelfen.

Für die anderen Verkehrsunternehmen ist das allerdings ein Punkt, den man verankern könnte. Es ist so, dass bei Ausschreibungen im Öffentlichen Personennahverkehr keine Ausbildungsquote berücksichtigt wird. Die Transnet kämpft seit einigen Monaten für einen Branchentarifvertrag, in

dem man versuchen wird, dies zu berücksichtigen. Dabei ist auch eine weitergehende Regelung vorstellbar, die dem Tarifvertrag der IG BCE entspricht.

*Marco Rafolt, Transnet-Bundesjugendsekretär*



Die Fondslösung ist für uns nichts Unbekanntes. Unsere Ausbildungsumlage im Bauhauptgewerbe funktioniert seit über 30 Jahren so: Alle Betriebe zahlen in einen Topf und jene, die Ausbildungsplätze schaffen, erhalten daraus Unterstützungen. Außerdem werden so die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, die die Ausbildung ergänzen, finanziert. Ich halte die Fondsmethode für eine gute Lö-

sung. So müssen alle Arbeitgeber ihren Beitrag für bessere Zukunftschancen der jungen Beschäftigten leisten. Das ist solidarisch und vor allem auch notwendig.

*Christian Beck, IG BAU-Bundesjugendsekretär*



Das Modell ist für unseren Organisationsbereich durchaus interessant. Deshalb werden wir uns mit diesem Abschluss näher auseinandersetzen. Allerdings gibt es durchaus nicht wenige Bereiche, in denen eine unbefristete Übernahme in Vollzeit und mit vernünftiger Vergütung möglich wäre. Darauf setzen wir nach wie vor den Schwerpunkt. ☒

*Ringo Bischoff, ver.di-Bundesjugendsekretär*

### KURZ UND KLEIN

#### Aktivposten

☐ Die **DGB-Jugend West** wird vom 21. bis 23. Juni 2010 die befreundete Gewerkschaft UCT in Valencia besuchen, um dort Möglichkeiten eines Jugendaustauschs zu erkunden.

Vom 4. bis 15. Juli 2010 wird eine Delegation aus Israel im Saarland und in Rheinland-Pfalz zu Besuch sein.

[www.dgb-jugend-rlp.de](http://www.dgb-jugend-rlp.de)

☐ And the winner is: Am 21. Mai 2010 wurden in der ver.di-Zentrale in Berlin die Sieger des diesjährigen Wettbewerbs »Die gelbe Hand« ausgezeichnet. Den ersten Platz belegten Auszubildende, die beim Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer beschäftigt sind. Sie haben einen Kurzfilm produziert, in dem junge Menschen mit Migrationshintergrund über ihre Er-

fahrungen mit Diskriminierung berichten.

[www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)

☐ Für die über **35.000 Auszubildenden im Bäckerhandwerk** werden zum 1. September 2010 die Ausbildungsvergütungen erhöht. Zum 1. September 2012 fällt dann die Tarifmauer zwischen Ost und West. Ab diesem Zeitpunkt bekommen dann alle Azubis die gleiche Ausbildungsvergütung. Geholfen bei der Durchsetzung hat auch eine Postkartenaktion, bei der in kurzer Zeit fast 800 Azubis die Forderung nach Angleichung und höherer Azubivergütung unterstützten. Ab 1. September gibt es im 1. Ausbildungsjahr West: 400 Euro/Ost: 360, im 2. Ausbildungsjahr 500/ 420 Euro, im 3. Ausbildungsjahr 600/500 Euro.

<http://junge.ngg.net>

☐ Die **ver.di Jugend** ruft zur Sommeruniversität

2010 für junge Leute vom 25. bis 27. Juni 2010 auf. Motto: »Arbeit und Leben in den globalen Krisen – Gestaltungsmöglichkeiten für eine andere Welt«.

[www.verdi-jugend.de](http://www.verdi-jugend.de)

☐ In einer einmütig beschlossenen Resolution haben die 111 Delegierten der 13. Bundesjugendkonferenz der **Gewerkschaft der Polizei** von den politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern gefordert, die zunehmende Gewalt gegen PolizeibeamtInnen zu verhindern. Eine eigene strafrechtliche Norm sei hier zwingend erforderlich.

Die jungen GewerkschafterInnen sprechen sich zudem für verbesserte Maßnahmen zur Eindämmung des Alkoholkonsums junger Menschen aus.

[www.gdp.de/JungeGruppe](http://www.gdp.de/JungeGruppe)

**WEBSITE DES MONATS**

Das rechtsextreme Spektrum nutzt immer häufiger das Internet, um Nachwuchs zu rekrutieren. Gruppen von Autonomen Nationalisten bis zur White-Pride-Bewegung nutzen Internetplattformen und Webservices zunehmend für ihre Zwecke aus – am liebsten mit hochgeladenen Musikvideos und Greuel-Texten.

Die Beziehungen zwischen Online-Hetze und Offline-Gewalt liegen dabei auf der Hand – das Internet soll als Ort des Anwerbens genutzt werden.

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, ein Pilotprojekt des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., setzt hier auf Aufklärung. Und richtet sich mit Multimedia-Clips, Profileseiten in Netz-Communities und Microblogging gezielt an ein virtuelles Publikum.

[www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de)

**+ Finanztransaktionssteuer** – ja, wir wollen sie! Mit ihrer Einführung kann die Politik eine vielversprechende Dividende erzielen. Zahlen, Daten und Fakten liefert die Hans-Böckler-Stiftung.

*Gustav Horn, Till van Treeck: Stellungnahme zur Finanztransaktionssteuer, Mai 2010. Im Download: [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_pb\\_2\\_2010.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_pb_2_2010.pdf)*

**+ Streik zum Lesen:** Die Auseinandersetzung mit den grundlegenden Veränderungen des Bildungssystems geht weiter. Was aber bleibt von den Aktionen? Die lesenswerten Ergebnisse zweier studentischer Buchprojekte aus Wien und München, aus den Streiks des vergangenen Semesters hervorgegangen, sind jetzt erschienen.

*Stefan Heißenberger u.a. (Hg.): Uni brennt, Turia @ Kant, Wien 2010, 250 S., 24 Euro*

*Diverse: Unbedingte Universitäten: Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität, Diaphanes, Berlin 2010, 120 S., 10 Euro*

**+ Heißes Eisen:** Was muss eigentlich wie bezahlt werden? Diese Frage wird in den Betrieben äußerst flexibel gehandhabt – Leistungsentgeltsysteme sind ein umstrittenes Thema.

Das Buch »Leistungspolitik neu denken« soll dazu beitragen, einen offenen Austausch über die Chancen und Risiken dieser Systeme zu organisieren.

*Gabriele Sterkel u.a. (Hg.): Leistungspolitik neu denken. Erfahrungen – Stellschrauben – Strategien, VSA-Verlag, Hamburg 2010, 240 S., 16,80 Euro*



**IMPRESSUM**

*Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.*

**Verantwortlich für den Inhalt:**

Ingrid Sehrbrock

**Herausgeber:**

DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

**E-Mail:**

[jkiontke@web.de](mailto:jkiontke@web.de)

**Internet:**

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

**Druck:**

PrintNetwork PN GmbH

**Redaktion:**

Jürgen Kiontke

**Grafik:**

Heiko von Schrenk

**Aboverwaltung:**

Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

*Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)*

*Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.*

**HATTINGEN – SEMINARE**

**Projekttag »Demokratie und Mitbestimmung«:** Diese Teamschulung qualifiziert gewerkschaftspolitisch interessierte und aktive junge Menschen, um den Projekttag in Berufsschulen und Oberstufenzentren durchzuführen. Er ist für Auszubildende gedacht und fördert die Auseinandersetzung mit Themen der Ausbildungswelt und der Gesellschaft. Achtung: Eine direkte Anmeldung ist nicht möglich. Es ist ein vorausgehendes Gespräch mit dem/der JugendbildungsreferentIn vor Ort zu führen.

*15. bis 20. August 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode PDM 8956*

**Arbeits- und sozialrechtliche Anfangsberatung für Studierende** – Einführungsseminar für Neueinsteiger: Hier werden umfassende Grundkenntnisse über die sozial- und sozialversicherungsrechtlichen sowie arbeitsrechtlichen Pflichten und Rechte von Studierenden vermittelt. Ausgehend von den allgemeinen Regelungen werden Besonderheiten des Studierendenstatus aufgezeigt und gewerkschaftspolitisch debattiert. Für Studierende, die als BeraterInnen arbeiten möchten. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

*16. bis 20. August 2010. DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen. Buchungscode ABE 8966*

*Anmeldungen: [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)*

**Abo-Coupon**

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

**An den  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich  Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	